

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr**

#### **zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2797**

#### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2797 – unverändert zuzustimmen.

24. 01. 2018

Der Berichterstatter:

Gerhard Kleinböck

Der Vorsitzende:

Karl Rombach

##### Bericht

Der Ausschuss für Verkehr behandelt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung –, Drucksache 16/2797, in seiner 12. Sitzung am 24. Januar 2018.

##### Allgemeine Aussprache

Der Minister für Verkehr teilt mit, Gegenstand des Gesetzentwurfs sei eine formale Gesetzesanpassung. In der Sache ändere sich dadurch nichts. Insofern dürfe eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf problemlos möglich sein.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP fragt, ob es außer dem bekannt gewordenen Fall, bei dem ein Verkehrssünder aufgrund der bestehenden Gesetzesunschärfe juristisch erfolgreich gewesen sei, noch weitere Fälle dieser Art gegeben habe.

Ein Ministerialrat des Ministeriums für Verkehr teilt mit, dem Ministerium seien keine weiteren Fälle bekannt. In dem angesprochenen Fall sei das Verfahren eingestellt worden. Die Gründe hierfür seien aus dem Beschluss, der dem Ministerium vorliege, nicht ersichtlich.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU regt an, bei der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs im Plenum auf eine Aussprache zu verzichten.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr hält fest, das weitere Verfahren werde in Abstimmung mit der Verwaltung noch geklärt.

#### A b s t i m m u n g

Ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen verabschiedet der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, dem Gesetzentwurf Drucksache 16/2797 unverändert zuzustimmen.

29. 01. 2018

Gerhard Kleinböck